

Kulturhauptstadt oder kulturell strahlende Hauptstadt

Noch ist die Kultur die Perle der Politik in Berlin • Von Monika Grütters

Die Frage nach der Hauptstadt, nach der Kulturhauptstadt und damit nach Berlin hat sich in den letzten Wochen verschärft gestellt - und sie ist sehr unterschiedlich beantwortet worden. Zwar leben wir alle mit einer eigenen Meinung darüber, was wir von unserer Hauptstadt erwarten, aber selten wird dies offen und pointiert diskutiert.

Noch gewöhnt Berlin sich an seine - neue - Rolle und die Republik findet sich ganz gut damit ab. In der Bevölkerung scheint es durchaus eine große Freude an Berlin zu geben, dafür sprechen allein die ständig und rapide wachsenden Zahlen aus der Tourismusbranche. Aber in der Politik äußert sich doch immer wieder ein ohnehin latent vorhandener Vorbehalt gegenüber der Hauptstadt. Das mag dem Föderalismus geschuldet sein, es hat aber sicher auch historische Gründe. Das alte - und seien wir einmal ehrlich, auch das neue, ehemalige - Westberlin wird immer noch als Insel gedankenloser Subventionsempfänger wahrgenommen. Und im Osten war - und ist? - Berlin immer noch ein wenig die ehemalige Hauptstadt der DDR, zu deren Gunsten die Provinz ausblutete. Das sitzt tief. Und doch reichen diese Erklärungen meines Erachtens nicht aus für das aktuelle Phänomen einer allzu selbstgefälligen Berlin-Beschimpfung, und abfinden sollten wir alle uns damit nicht, weder Berliner noch Nicht-Berliner.

Die aktuelle Entwicklung in der Berliner Landespolitik macht es Berlin-Kritikern nämlich neuerdings leicht: Die rücksichtslose Degradierung der Kultur auf ein Staatssekretärs-Amt durch den Regierenden Bürgermeister Wowereit hat die Axt an eben jenes Hauptstadt-Fundament gelegt, das allein Berlin seinen guten Ruf bewahrte.

So ist Wowereits rücksichtslose Marginalisierung der Kultur auch ein Verrat an der Republik. Zeitlich fiel dieser Affront gegenüber Berlins Kultur zusammen mit dem Urteilsspruch der Karlsruher Richter zur Hauptstadtfinanzierung, die mit ihren unerbetenen Vorschlägen zu weiteren Einsparungen ausgerechnet die Kultur und die Wissenschaft der Hauptstadt meinten als Opfer darbringen zu müssen. Abgesehen von ihrer offensichtlichen Ahnungslosigkeit in bezug auf Kultur und Universitäten haben sie außerdem die Haushalts-Relationen verkannt. Die Kultur macht gerade einmal 1,8% des Landeshaushalts aus. Wollte man sie komplett auf einen Schlag einsparen, wären fünf Tage Zinstilgung gewonnen. Diese Sparvorschläge waren also blanker Unsinn.

Umso auffälliger war daher die Reaktion einer Funktionärselite, die sich gefallen hat in der satten Berlin-Beschimpfung, in Häme und beinahe zynischer Selbstgefälligkeit, mit der das Karlsruher Urteil und seine Kommentare begrüßt wurden.

Aber es geht natürlich um mehr, es geht um unseren Begriff von der Kultur und von der Hauptstadt. Denn beide sind untrennbar miteinander verbunden. In einem nämlich wird Berlin immer noch und ausschließlich positiv wahrgenommen: in seiner Kultur. Sie ist das an Finanzen kleinste Ressort im Senat, in der Wirkung aber nicht nur das bedeutendste, sondern vor allem das erfolgreichste.

Dabei beklagen die einen immer wieder den finanziellen Aufwand für die Kultur in Berlin (das Land wendet ca. 360 Mio. € jährlich auf, der Bund immerhin mehr als 420 Mio. € im Etat des Beauftragen für Kultur und Medien der Bundesregierung), andere provozieren mit der Polemik „brauchen wir drei Opernhäuser?“ die Fachwelt. Dabei fragt der, der drei Kinder hat, ja auch nicht, ob er sie braucht, sondern sieht zu, dass aus ihnen etwas wird. Doch ernsthaft beantworten muss Berlin, muss die Hauptstadt, müssen die kulturellen Ereignisse selbst

diese Fragen nach ihrer Existenzberechtigung.

Dem grundgesetzlich verankerten Kulturföderalismus geschuldet ist dabei Kulturpolitik in und für Berlin zunächst Landespolitik, und damit Anstoß selbstbewussten Wetteifers im Konzert der anderen föderalen Glieder unseres Landes. Weil aber Berlin der Ort brandenburgischer, preußischer, deutscher, europäischer und Welt-Politik gewesen ist, sind in Berlins Kulturpolitik stets Motive, Potentiale, Spannungen, Verpflichtungen und Chancen inbegriffen, die das sozusagen „normale“ Kulturinteresse eines Stadtstaates von knapp vier Millionen Einwohnern hinter sich lassen.

Das Land Berlin ist durch seine geschichtlichen Prägungen überproportional reicher in seinen Kultur-Horizonten als jedes andere Bundesland. Berlin ist einer der Schlüsselorte der modernen Weltkultur. Zugleich ist es der wichtigste Ort der Erinnerung an die Barbarei, die durch die deutsche Tyrannei über Europa gekommen ist. Und Berlin ist der Ort der Erinnerung an die jahrzehntelange Spaltung der Welt in Freiheit und Unfreiheit und an ihre glückliche Überwindung vor siebzehn Jahren. Darin steckt mehr als nur eine kommunale Verwaltungs-Verantwortung.

Und Berlin ist die Hauptstadt. Was in der Hauptstadt kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gutgeschrieben. Was dort misslingt, dafür wird, von außen jedenfalls, das ganze Land verantwortlich gemacht.

Kulturpolitik in Berlin ist also, ob sie es will oder nicht, auch Bundespolitik. Und die Bundes-Kulturpolitik in und für Berlin ist Ausdruck der Anerkennung der besonderen Rolle der Hauptstadt für die Nation.

Besser noch beschreibt man Berlins kulturpolitische Rolle als die eines Katalysators von Meinungsbildungsprozessen im Politischen wie im Ästhetischen. In Berlin müssen sich Land und Bund zuerst nach ihrer Verantwortung gegenüber dem ganzen Land, dann Europa und schließlich der Welt fragen. Sind sie sich im Geistig-Moralischen darüber einig geworden, werden sich auch Fragen der Trägerschaften, Zuständigkeiten, Entscheidungs-Dramaturgien und endlich der finanziellen Verantwortung regeln lassen. Diesem Geist ist etwa der Hauptstadt-kulturvertrag geschuldet, der vor allem die 100%ige Übernahme einiger Einrichtungen in Berlin durch den Bund regelt.

Ebenso wichtig und inzwischen selbstverständlich ist die steigende Internationalisierung der Kultur in Berlin. Dies wird natürlich auch befördert durch den hauptstadtbedingten Zuzug vieler Botschaften und anderer internationaler Institute in die Stadt. Berlin ist der Focus für die Blicke unserer Nachbarn in Europa und für alle auf der Welt, die den Weg Deutschlands mit wachen Augen begleiten.

In der Kulturpolitik muss den Ländern klar gemacht werden, dass Berlin kein konkurrierendes Bundesland ist, sondern allen dienender Mittelpunkt. Berlin selbst muss dem Bund klarmachen, dass er außenpolitisch als erster von einer Kulturblüte seiner Hauptstadt profitiert.

Nationale Identität wächst vor allem aus dem Kulturleben eines Landes. Dazu gehört nicht allein das kulturelle Erbe vergangener Zeiten, so eindrucksvoll und schützenswert unser Kulturerbe auch ist.

Dazu gehört vor allem das Neue, die künstlerische Avantgarde. Sie geht der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch der Wirtschaft, voraus. Kulturelle Existenz ist keine „Ausstattung“, die eine Nation sich leistet, sondern sie ist eine Vor-Leistung, die allen zugute kommt - nicht

zuletzt deshalb, weil sie Eliten an den Ort bindet und das Prestige des Standortes hebt.

Hier, in Berlin, ist die Kultur angesichts ihres geringen Aufwandes also sicher nicht Teil des Problems, sondern in Anbetracht des wirtschaftlichen Ertrages dessen Lösung. Und mehr noch: Kultur ist Ausdruck von Humanität. Darin spiegelt sich, reflektiert sich unser aller öffentliches Bewusstsein.

Es ist eine traurige, allzu kurzsichtige Politik, die nur an heute und nicht an morgen denkt, die nur fragt, wo man bei Kultur und Wissenschaft noch sparen kann, statt zu fragen, was wir alle für Kultur und Wissenschaft tun können.

Wir müssen uns nicht wundern, wenn die jahrelang gepflegte Polemik des Berliner Finanzsenators Sarrazin völlig unabhängig von ihrem fragwürdigen Gehalt langsam in den Köpfen der Berlin-Kritiker greift, wenn dieser immer behauptet: „Ihr Berliner habt zuviel von der Kultur, und das ist mittelmäßig“. Warum sollten sich Bund und Länder für etwas finanziell engagieren, was derart schlecht geredet wird von den Zuständigen?

Diese Herabwürdigung der wirklichen Elite der Hauptstadt durch einen Finanzsenator, der das fachlich nicht einmal beurteilen kann, lässt die Neider sich wohlighin einrichten in ihrer Hauptstadt-Häme. Ein Regierender Kultursenator, der die Staatsoper weder sanieren noch künftig betreiben will, sondern sie dreist abschiebt an den Bund wie ein lästiges Problem, lässt nicht nur die hervorragenden Künstler dort im Stich, sondern bedient damit nur die traurigen Anti-Berlin-Ressentiments. Das ist verantwortungslos und darf niemals offizielle Berliner Kulturpolitik werden. Die trotzige Verleugnung der kulturellen Hauptrolle Berlins in der Republik ist nur eine Folge dieser miesen Propaganda.

Zwar kennt der Föderalismus keine „Kulturhauptstadt“, aber das alte europäische Modell der kulturell strahlenden Hauptstadt hat sich in Berlin in all den Jahren als unverwundlich erwiesen. Völker begegnen sich in den Metropolen, und sie werden von außen zuerst in ihrer Hauptstadt wahrgenommen. Das gilt auch für Deutschland, das gilt auch für Berlin.

Diesem weltweiten Mechanismus kann auch der Regierende Kultursenator Wowereit durch die Abwertung der Kultur in Berlin zu einer Abteilung seiner Staatskanzlei nichts anhaben. Die Kultur und ihre Akteure sind selbstbewusst genug - sie werden hier auch eine mittelmäßige Administration überstehen.

Aber stellen wir uns doch stattdessen einfach nur vor, die alte und neue Koalition in Berlin hätte sich eines Besseren besonnen und ihre „Braut“ Kultur geschmückt, sie finanziell unbeschädigt gelassen, sich zur Weltklasse-Staatsoper bekannt, die Sanierung des Hauses im Etat verankert und das Ressort wieder eigenständig mit einem Kultursenator versehen - so, und nur so hätte man die Kritiker aus Karlsruhe und dem Rest der Republik beschämt - und die Attraktion Berlins wieder strahlen lassen. Noch ist die Kultur die Perle der Berliner Landespolitik, und noch gilt das auch für den Blick von draußen auf die Stadt, die unser aller Hauptstadt ist.

Das Land, der Bund und die Bürger dieser Republik, die ihre Hauptstadt liebevoll-kritisch begleiten - sie alle tragen Verantwortung dafür, dass die Kultur ihre Hauptstadtrolle weiterhin spielen kann. Berlin kann uns allen kulturpolitisch gar nicht genug wert sein.

Die Verfasserin ist Mitglied des Deutschen Bundestags aus Berlin und Obfrau für Kultur der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Aus: Politik und Kultur – Jan.-Febr. 2007